

Von der Teuerungswelle zum Armuts- Tsunami

„Entlastungspaket“ der Bundesregierung hilft vielen armen Haushalte nicht

Haushalte, die jeden Monat aufs Neue hoffen, am Monatsende nicht knietief im Dispo zu stehen, trifft die aktuelle Teuerungswelle besonders hart. Preise für Waren des täglichen Bedarfs steigen besonders stark: Gemüse wurde neun Prozent teurer, Preise für Speisefett stiegen um 27 Prozent. Strom kostet 20 Prozent mehr, der Heizölpreis hat sich verdoppelt.

Die Ampelkoalition auf Bundesebene hat die Teuerungswelle im letzten Jahr noch als vorübergehenden Effekt abgetan. Mittlerweile hat die Inflation ein Niveau erreicht, das nicht mehr ignoriert werden kann. Daher wurde neben Scholz' 100-Milliarden-Aufrüstungspaket erklärt, man wolle Haushalte unter anderem mit einer Energiepreispause entlasten.

Viele Haushalte, die von Armut betroffen sind, werden von diesen Maßnahmen allerdings nicht erreicht. Rentner*innen, von denen jede*r fünfte in Armut lebt, kommen im Entlastungspaket nicht vor. Anrechnungsregeln bei Rentner*innen und Erwerbsunfähigen in der Grundsicherung

führen zum Teil dazu, dass auch sie leer ausgehen. Doch auch wer Anspruch auf Einmalzahlungen hat, wird auf dem Großteil der Zusatzbelastungen sitzen bleiben. Aus der Teuerungswelle droht ein Armuts-Tsunami zu werden. Bisher hat die FDP durchgesetzt, dass es keine stärkere Besteuerung von Millionengewinnen, -vermögen und -erbschaften gibt.

Das Ausmaß der drohenden Verarmung erfordert eine solidarische Umverteilung von Reichtum hin zu den Beziehenden von kleinen und mittleren Einkommen. Wenn wir nicht wollen, dass die Schlangen bei den Tafeln noch länger werden und die Armen demnächst ohne Strom im Dunkeln sitzen, muss der Bund

sich von dem Dogma verabschieden, Millionäre vor höheren Steuern schützen zu wollen.



Katja Kipping
Senatorin für Integration,
Arbeit und Soziales

> Pankow hilft

Viele Ehrenamtliche, neue Willkommensklassen, das Sozialamt ackert – Pankow hilft den Geflüchteten aus der Ukraine.

Weiter auf Seiten 2 und 3

> Jahn-Stadion vor dem Abriss

Abriss und Neubau statt Umbau des Jahnstadions – das sehen die Pläne der Bau- und Sportverwaltung vor. Warum dies auf Kritik stößt, erklärt unsere Abgeordnete Sandra Brunner.

Weiter auf Seite 4

> Spekulantenträume

... könnten wahr werden. Statt einem Schulneubau haben Grüne, CDU, FDP und AfD zunächst den Weg für teure Wohnungen und Büro-Hochhäuser am ehemaligen Güterbahnhof an der Greifswalder Straße geebnet.

Weiter auf Seite 5

➤ **Widerstand würdigen**

Anlässlich des 80. Jahrestages des Brandanschlages auf die Ausstellung „Das Sowjetparadies“ der Reichspropagandaleitung der NSDAP beantragten FDP- und



Linksfraktion gemeinsam, die Straßen im neuen Wohngebiet „Blankenburger Süden“ nach Mitgliedern der „Gruppe Marianne und Herbert Baum“ zu benennen, die für ihren Widerstand im Nationalsozialismus verfolgt und ermordet wurden. Der Antrag wird nun im Kulturausschuss beraten.

➤ **Thälmann bleibt**

Der Antrag der CDU-Fraktion, der mit Verweis auf den Ukraine-Krieg den Abriss des Ernst-Thälmann-Denkmal forderte, erhielt von allen anderen Fraktionen in der BVV eine Abfuhr. In Pankow gab es Fachveranstaltungen zu Ernst Thälmann und dem Denkmal, Historiker*innen haben Gutachten entwickelt, es gibt eine



künstlerische Kommentierung und bald eine historisch-kritische Informationstafel. Die Forderung nach der Tilgung der unter Denkmalschutz stehenden Anlage ist „ein Ritual derer, die sich in den Gräben des kalten Krieges verschanzt haben“, so Matthias Zarbock, Vorsitzender der Linksfraktion.

Einladung BVV-Sitzung

am 15. Juni 2022

➤ **7. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, im BVV-Saal,
Fröbelstraße 17
(Nähe S Prenzlauer Allee)

Schwierige Zeiten

Aus der 6. Tagung der BVV

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) am 4. Mai ergriff Bezirksbürgermeister Sören Benn (DIE LINKE) das Wort. Ende April wurde in Pankow eine sechsfache Mutter von ihrem Ex-Mann auf offener Straße ermordet. Benn wies darauf hin, dass fast täglich Frauen von ihren Männern und Ex-Partnern getötet

deren Flexibilität und Hilfsbereitschaft in diesen schwierigen Zeiten aus.

Auch die Bürgermeisterin unserer polnischer Partnerstadt Kolobrzeg hat um Hilfe für die Versorgung von Geflüchteten in ihrer Stadt gebeten. Das Bezirksamt organisiert nun, gemeinsam mit Vereinen und Ehrenamtlichen aus der Zivilgesellschaft, Transporte von benötigten Materialien.



Bezirksamt Pankow in der Fröbelstraße 17

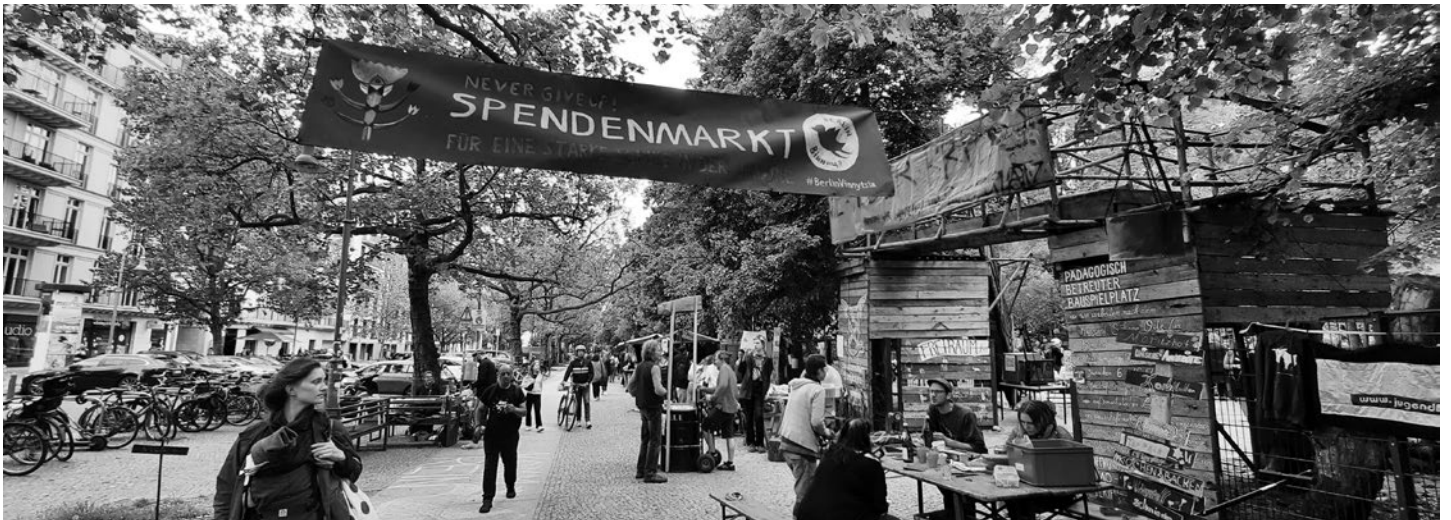
werden. Er forderte, die Istanbul-Konvention zur Verhütung und zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt konsequent umzusetzen. Anschließend gedachten die Anwesenden mit einer Schweigeminute der ermordeten 31 Jahre jungen Frau.

Weiter ging's mit dem Bericht des Bezirksbürgermeisters über die Anstrengungen des Bezirksamts zur Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten aus der Ukraine. Für die Bearbeitung der Anträge auf Sozialleistungen gab es Neueinstellungen sowie Abordnungen in das Sozialamt. Daher kommt es leider in anderen Bereichen zu längeren Wartezeiten. Das Schulamt richtet insgesamt 30 Willkommensklassen in Pankow für die Geflüchteten ein. Bürgermeister Benn sprach den Mitarbeiter*innen seinen aufrichtigen Dank für

Darüber hinaus debattierte die BVV zu vielen Anträgen. Beschlossen wurde unter anderem, dass Online-Lieferdienste keine Sondernutzungserlaubnis zur Nutzung des öffentlichen Straßenlandes erhalten sollen. Ihre Fahrzeugflotte führt zu Behinderungen auf Gehwegen. Auch der Antrag der Linksfraktion, das erfolgreiche Modellprojekt der arztpraxisinternen Sozialberatung in Pankow umzusetzen, wurde beschlossen. Damit soll beim Arzt niedrigschwellig eine Verknüpfung verschiedener Angebote erreicht werden, die sonst nur durch mühevollen Kontakte zu verschiedenen Ämtern möglich sind.

Matthias Zarbock
Co-Vorsitzender der
Linksfraktion





Spendenmarkt für die Ukraine auf dem Abenteuerspielplatz Kolle 37 in der Kollwitzstraße

Ehrenamtliche sind eine große Hilfe

extraDrei sprach mit Nina Tsonkidis, Beauftragte für Partizipation und Integration im Bezirksamt Pankow

Wie viele Geflüchtete aus der Ukraine werden derzeit in Pankow betreut bzw. haben eine Unterkunft gefunden?

Das lässt sich nur schwer beziffern. Da Menschen aus der Ukraine sich frei in der EU bewegen dürfen, besteht zunächst keine Notwendigkeit der Registrierung. Erst die Registrierung bzw. die Antragstellung auf Sozialleistungen machen den Aufenthalt und die Unterbringung für die Verwaltung sichtbar. Was wir jedoch sicher sagen können, ist, dass bereits über 2.200 Bedarfsgemeinschaften einen Antrag auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Sozialamt Pankow gestellt haben.

Vor welchen besonderen Herausforderungen stehen das Bezirksamt und seine Institutionen und insbesondere Sie als Beauftragte für Partizipation und Integration?

Wir stehen vor der Herausforderung, innerhalb kurzer Zeit eine große Zahl an Menschen beraten und versorgen zu müssen. Die personell ohnehin unterbesetzten Ämter haben hier in den vergangenen Wochen wirklich großartige Arbeit geleistet. Gleichzeitig wissen wir nicht, wie viele Menschen aus der Ukraine derzeit wirklich in Pankow leben, weil sie privat untergekommen sind. Das ist ein gravierender Unterschied zu 2015 und erschwert den Kontakt zur Ziel-

gruppe. Für uns im Integrationsbüro ist es sehr wichtig, alle zugewanderten Menschen gleich zu behandeln. Wir müssen es also schaffen, einerseits den Ankommenweg der Menschen aus der Ukraine zu begleiten und zu unterstützen und andererseits auch die anderen Zielgruppen



Nina Tsonkidis

und Themen im Blick zu behalten. Da wir jetzt eine Person mehr im Integrationsbüro sind, bin ich aber zuversichtlich, dass wir hier eine gute Balance finden werden.

Finden alle ukrainischen Kinder einen Schulplatz?

Das ist das Ziel. In Pankow gibt es mehr Schüler*innen als Schulplätze, die Situation war bereits vor dem Krieg angespannt. Im Moment eröffnen jedoch viele neue Will-

kommensklassen. Und auch Regelklassen haben bereits ca. 80 Kinder aus der Ukraine aufgenommen. Unsere Schulverwaltung ist jetzt bemüht, öffentliche Räumlichkeiten zu finden, in denen Unterricht stattfinden kann, zum Beispiel in Jugendfreizeiteinrichtungen oder Bibliotheken.

Welchen Anteil haben freiwillige Helferinnen und Helfer an der Bewältigung der Situation?

Ganz ehrlich: Ohne die Ehrenamtlichen hätten wir das alles nicht stemmen können. Die Bezirksverwaltung hat Hand in Hand mit den freiwilligen Helfer*innen zusammengearbeitet, insbesondere im Sozialamt waren sie eine riesige Unterstützung. Darüber hinaus sind neue Beratungsprojekte entstanden, Möglichkeiten der Kinderbetreuung und Freizeitangebote wurden geschaffen, Sprachmittlung angeboten, save spaces zur Verfügung gestellt, Spendenaktionen initiiert etc. Die Pankower*innen leisten hier wirklich Großes.

Wo gibt es besonderen Bedarf für Unterstützung durch Firmen oder Privatpersonen?

Das kann Ihnen zum Beispiel die Freiwilligenagentur Pankow sagen. Dort werden Angebot und Nachfrage gematcht. Einfach melden und Unterstützung anbieten.

Jahnstadion: Abriss statt Umbau

Der JahnSportpark mit dem Friedrich-Ludwig-Jahn-Stadion ist die drittgrößte und meistgenutzte Sportstätte Berlins. Hier

oder Sportler*innen, egal welche Behinderung, sollen sich ohne fremde Hilfe im JahnSportpark bewegen können. Eine sol-

die Ausschreibung aus Sicht der LINKEN erhebliche Mängel.

Die Senatsverwaltungen für Sport und für Stadtentwicklung haben sich auf einen Neubau statt auf einen Umbau des Stadions festgelegt. Das wirft Klimaschutzfragen auf. Zudem soll das neue Stadion zwar in die bisherigen Stadionwälle eingepasst werden. Ob allerdings die identitätsstiftenden Merkmale wie die Flutlichtmasten und das weithin sichtbare geschwungene Stadionsdach – als Ausdruck der Ostmoderne – erhalten werden, ist nicht gesichert. Zudem können für das Stadion verbindliche Vorschläge eingereicht werden. Die Umgestaltung des Parks hingegen ist nur ein – unverbindlicher – Ideenteil. Zu Recht haben daher Anwohnende die Sorge, dass damit die Planungen für den Park abgehängt werden könnten. Zumal bislang nur Geld eingestellt ist, um das Stadion abzureißen und neu zu bauen.



Markant: Das Tribünengebäude und die Flutlichtmasten des Jahnstadions

trainieren Vereine genauso wie Freizeitsportler*innen, die Anlage wird für den Schulsport, aber auch zur Erholung von den Anwohnenden genutzt.

Schon lange hat sich die Politik auf die Fahne geschrieben, das Stadion und den Park inklusiv zu gestalten. Zuschauende

che inklusive Sportanlage gibt es Berlin bislang nicht. Es wird Zeit, dass sich das ändert.

Ende April startete der Realisierungswettbewerb dazu. Architekt*innen können ihre Ideen für das große Stadion und den Inklusionssportpark einreichen. Leider hat

Wir bleiben aber dran. Weil es ein Sportpark für alle braucht.

Sandra Brunner
Mitglied des
Abgeordnetenhauses



+ + Kurz aus dem Kiez + + Kurz aus dem Kiez + + Kurz aus dem Kiez + +



> Legales Graffiti

In einem Antrag ersucht die Linksfraktion das Bezirksamt, die Wand am Basketballplatz an der Grünanlage nahe der Mendelssohnstraße 28 für legale Graffiti-Kunst zur Verfügung zu stellen und dort einen Müllcontainer für die Beseitigung

der Spraydosen aufzustellen. Wie im Mauerpark zu sehen ist, entsorgen die Graffiti-Künstler*innen ihren Müll selbst, sobald ein entsprechender Behälter zur Verfügung steht. Der Antrag wurde mehrheitlich beschlossen.

> Stilles Gedenken

Anlässlich des 77. Jahrestags der Befreiung vom Faschismus haben viele Menschen den Befreier*innen und den Opfern des Nazi-Terrors gedacht. Am Denkmal des polnischen Soldaten und deutschen Antifaschisten im Friedrichshain, am Gedenkstein am Ostseeplatz, den Sowjetischen Ehrenmälern in Buch und in der Schönholzer Heide fanden sich viele zum stillen Gedenken ein. Eine gemeinsame



Kranzniederlegung in Schönholz mit der russischen Botschaft gab es diesmal nicht. Dem Bezirksamt und der Bezirksverordnetenversammlung war dies angesichts des verbrecherischen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine unmöglich.



Schon jetzt staubelastet: Storkower Straße / Landsberger Allee.

Vorwärts nimmer, rückwärts immer!

Es ist schon ein Kreuz mit dem Bundesverkehrsministerium (BMDV): Erstmals unter FDP-Führung, wieder so ein Murretiertag. Weiterbau der A 100 in die dichtbesiedelten Gebiete Friedrichshains und Lichtenbergs, aber flott! Die Staatssekretärin Henckel, mit deren Berufung die eine oder der andere durchaus Hoffnungen verband, sie war vorher Geschäftsführerin des Verkehrsverbands Berlin-Brandenburg (VBB), begründete das mit denselben ollen Kamellen wie immer: Entlastung der Wohngebiete, Flüssigkeit des Verkehrs usw... Als ob Stadtverkehr darin bestünde, den ganzen Tag auf Stadtautobahnen im Kreis und niemals auf

und abzufahren und darum die umliegenden Stadtstraßen in Blumenwiesen verwandelt würden. Jeder weiß, dass das nicht passiert!

Stattdessen wird am Knoten Landsberger Allee/Storkower Straße, an dem schon heute zeitweise nichts mehr geht, der Verkehr gänzlich zusammenbrechen. Die Anwohnenden werden sich bedanken. Anstatt unsinnig viel Geld in einem Straßenstück zu versenken – eine Milliarde Euro geplant, 1,5 bis zwei Milliarden Euro, wenn's fertig ist –, wäre es viel dringlicher, in den Öffentlichen Verkehr gerade in den Stadtrandlagen zu investieren. Damit niemand mehr gezwungen ist, ein Auto zu benutzen, um in die Innen-

stadt zu kommen. Die Pläne dafür setzen langsam Staub an. Stattdessen verfolgt man Pläne aus der automobilen Steinzeit, deren Realisierung stets neue Gründe produziert, um weitere Straßen zu bauen. Nämlich um das „Problem“, das man gerade gebaut hat, „zu lösen“. Wenn das BMDV sich jetzt durchsetzt, ist an der Storkower Straße noch lange nicht Schluss! Der 18. und 19. Bauabschnitt ist längst in den Plänen des Ministeriums vorgesehen.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter



Spekulationsgewinne statt Schulneubau?

Die Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 4. Mai war von einem schwerwiegenden Vorgang geprägt. Mit einem Bebauungsplan wollte das Bezirksamt eine Fläche am ehemaligen Güterbahnhof Greifswalder Straße im Thälmannpark für eine dringend benötigte Schule sichern. Eine „Veränderungssperre“ sollte dafür Zeit und den nötigen rechtlichen Rahmen schaffen.

Die Verlängerung dieser Sperre wurde in der BVV jedoch von einer Mehrheit aus Grünen, CDU, FDP und AfD – ohne eine Be-



Grundschule am Planetarium

gründung und Ankündigung – zunächst abgelehnt. Damit müssten weitere Jahrgänge von Pankowern Schüler*innen in benachbarte Bezirke pendeln, weil es in Pankow noch nicht ausreichend Schulplätze gibt. Der Weg scheint nun für teure Wohnungen und Büro-Hochhäuser geebnet.

In der BVV soll jetzt noch mal über den Vorgang gesprochen werden. Mal sehen, ob es gelingt, nunmehr das Allgemeinwohl vor Spekulationsinteressen zu stellen.

Die Redaktion

> **Wahlalter 16 kommt bald**

Bereits seit 2005 können junge Erwachsene ab dem 16. Lebensjahr die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) in den Bezirken mitwählen. Es hat sich nie so richtig erschlossen, warum dies nicht auch für die Wahlen zum Abgeord-



netenhaus und bei Volksentscheiden auf Landesebene möglich sein sollte. Wir als LINKE haben das immer in unserem Wahlprogramm gefordert, SPD und Grüne meist auch und dennoch war die Durchsetzung dieser Forderung, überhaupt das Reden darüber, ein zähes Ringen. Die SPD hatte zwischenzeitlich sogar einen Mitgliederentscheid angestrengt, der sich tatsächlich gegen die Wahlalterabsenkung aussprach. In der vergangenen Legislatur scheiterte das Vorhaben zudem an der hohen Hürde, dafür eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament zusammen zu bekommen. Die Opposition spielte nicht mit und die Stimmen der rot-rot-grünen Koalition reichten nicht aus.

Nun ist auf Druck der Jungen Liberalen, die FDP mit im Boot, so dass die amtierende rot-grün-rote Koalition schnell umsetzen will, was sechs weitere Bundesländer bereits praktizieren, darunter Brandenburg. Ca. 90.000 16- und 17-Jährige werden ab 2026 auf allen Ebenen unter Beweis stellen können, dass sie vollumfänglich in der Lage sind, politisch mitzuentcheiden. Es geht darum, die junge Generation früher einzubeziehen und ihrer Meinung Gewicht zu geben. Demokratie braucht echte Partizipation.

Katrin Seidel
Mitglied des Abgeordnetenhauses

> **Mindestlohn steigt auf 13 Euro**

Ab dem 1. Juli steigt der Landesmindestlohn in Berlin von 12,50 auf 13 Euro die Stunde. Damit liegt er zunächst um 2,55 Euro über dem bundesweiten allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, der ab Juli auf



10,45 Euro und ab Oktober auf 12 Euro angehoben werden soll.

Das Berliner Landesmindestlohn gilt für alle Bereiche, die mit Geld des Landes Berlin finanziert werden. Das sind neben den Landesbehörden auch Betriebe, an denen das Land beteiligt ist, sowie der Zuwendungsbereich, zum Beispiel Träger der Wohnungslosenhilfe, Frauenprojekte und viele mehr.

Mit der weiteren Anhebung des Landesmindestlohns verfolgen der Senat und die rot-grün-rote Koalition das Ziel „Öffentliches Geld nur für Gute Arbeit“. Das umfasst auch armutsfeste Löhne und Gehälter. Sie sind zentral für ein selbstbestimmtes Leben und die gesellschaftliche Teilhabe. Und dies ist auch deshalb wichtig, weil die Rente auf Grundlage der Löhne und Gehälter berechnet wird.

Berlin will „Vorbild für die künftige Entwicklung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns auf der Bundesebene sein“, darauf verwies Arbeitssenatorin Katja Kipping (DIE LINKE) bei der Einbringung des Gesetzentwurfes für den Landesmindestlohn. Die Anhebung des Bundesmindestlohnes reicht nicht aus. Ich hoffe, dass der Bund sich – angesichts der steigenden Energiepreise – ein Beispiel an Berlin nimmt und den allgemeinen Mindestlohn ebenfalls erneut erhöht.

Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses

> **Blankenburger Süden: Falsch abgobogen**

Mit schriftlichen Anfragen hatten sich die beiden LINKEN-Abgeordneten Elke Breitenbach und Sandra Brunner an den Senat in Bezug auf die Planungen zum Wohnungsbaugelände Blankenburger Sü-



den gewandt. Die Antworten der Senatsverwaltungen für Verkehr und Stadtentwicklung waren enttäuschend.

Bereits im Sommer 2021 hatte der Berliner Senat eine „Vorzugsvariante“ auserkoren. Sowohl Straße als auch Straßenbahn sollen einmal quer durch die Anlage Blankenburg führen. Im Unterschied dazu hat die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) auf Initiative der Linksfraktion im Bezirk bereits sehr viel früher beschlossen, dass eine Trassenführung so wenig wie möglich in die Anlage Blankenburg eingreifen soll. Die Senatsverkehrsverwaltung beabsichtigt jedoch weiterhin, die Anlage zu zerschneiden.

Auch bei der Öffentlichkeitsbeteiligung waren die Antworten auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten ernüchternd. Der „Projektbeirat Blankenburger Süden“, das zentrale Instrument der Bürgerbeteiligung bei diesem Großprojekt, ist Geschichte. Nach Auskunft der Verwaltung ist weder geplant noch vorgesehen, dass der Projektbeirat wieder zusammentritt. Damit verabschiedet sich die SPD-geführte Senatsstadtentwicklungsverwaltung von einem Beteiligungsverfahren, das auch als Muster für andere Großprojekte hätte dienen können.

Die Redaktion

DIE LINKE.
hilft!

Sozial- und Mietenberatung

im Wahlkreisbüro von Katrin Seidel

Do 2. Juni und Do 16. Juni, jeweils 16-17.30 Uhr
kostenfreie Erstberatung mit Rechtsanwalt Kay Füblein
Wisbyer Straße 37/ Termine: wahlkreisbueroLinke@posteo.de

EINSTEIGERKURS
Smartphone für Senior*innen

jeden 1. Montag im Monat ab 14 Uhr
Geschäftsstelle Wisbyer Straße 37
13189 Berlin

Anmeldung erforderlich:
bis eine Woche vor Kurstermin
mit E-Mailadresse oder Telefonnummer
an t.pfaff@linksfraktion-pankow.de
oder info@die-linke-pankow.de



★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

9. Juni • 17 Uhr Frauen*Stammtisch in der LINKEN Spitze, Wisbyer Straße 37

10. Juni • 16:30 Uhr Online-Treffen der AG Soziales, Senior*innen und Gesundheit, Anmeldungen unter maximilian.schirmer@linksfraktion-pankow.de

11. Juni • 14 Uhr „Fete bei Käthe“ – Kinderfest der LINKEN Pankow auf dem Kollwitzplatz, mit Basteln, Klettern, Singen und vielen weiteren Angeboten für Kinder

11./12. Juni • 11 Uhr Infostand der LINKEN Pankow bei den „Buchholzer Festtagen“, Französisch Buchholz Kirche

16. Juni • 19 Uhr Mitgliederstammtisch in der LINKEN Spitze, Wisbyer Straße 37 – Kommt vorbei.

17. Juni • 18 Uhr Sommerempfang der Pankower LINKEN für Vereine und Initiativen, Kulturkantine, Saarbrücker Straße 24, Haus E (U Senefelder Straße)

25. Juni • 10 Uhr Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Nord-Ost in der LINKEN Spitze, Wisbyer Straße 37

27. Juni • 17:30 Uhr Basistag DIE LINKE. Pankow, online und in Präsenz in der LINKEN Spitze in der Wisbyer Straße, diesmal: Auswertung des Bundesparteitages, Hört rein und diskutiert mit.

30. Juni • 15 Uhr „Ja tebe kochaju. Ich liebe dich“; Eine Flucht- und Liebesgeschichte: Sie wollten im Mai in der Ukraine heiraten, doch Putins Krieg vereitelte das Vorhaben. Der aus Bielefeld stammende Wahlberliner Martin Damisch und Oksana Bozhuk aus dem westukrainischen Kamin-Kaschyrski berichten,

wie sie sich kennengelernt haben und wie sie dem Krieg trotzen. Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9 (S und U Schönhauser Allee)

7. Juli • 19 Uhr Neumitgliedertreffen in der LINKEN Spitze, Wisbyer Straße 37 – Herzlich Willkommen.

21. Juli • 19 Uhr Mitgliederstammtisch in der LINKEN Spitze, Wisbyer Straße 37 – Kommt vorbei.

19. August • 18 Uhr Mitgliederparty der LINKEN Pankow im Frei-Zeit-Haus Weißensee, Pistoriusstraße 23, Kommt vorbei! Dit wird echt nett.

22. August • 17:30 Uhr Basistag DIE LINKE. Pankow

SPRECHSTUNDE
mit Katrin Seidel
Di 7. Juni 2022, 12-13 Uhr
regelmässig am 1. Di im Monat
Wahlkreisbüro Wisbyer Straße 37
seidel@linksfraktion.berlin

LINKE Spitze
Wisbyer Straße 37

DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Wisbyer Straße 37
13189 Berlin
(Tram M2, M13, 12 oder Bus 156, 158)
Telefon 030 4401 7780
info@die-linke-pankow.de

DIE LINKE.

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109
Tel: 030 42 02 08 73
Fax: 030 42 02 08 74
kontakt@linksfraktion-pankow.de



Zerstörter Wohnblock in Kiew

©: Pexels/Alex Uschinau

Geschwätz von gestern

Es war Sommer 2021 und es war Wahlkampf. Die Grünen haben den Menschen ihr Wahlprogramm vorgelegt und sich darin auf so einiges festgelegt: „Wir wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete beenden.“ Begründet haben sie das auch: „Exporte von Waffen und Rüstungsgütern in Kriegsgebiete verbieten sich.“ Das haben sie ganz freiwillig da reingeschrieben, trotz der schon extrem instabilen Lage im Osten Europas. Denn spätestens seit Russland die Krim annektierte und im Osten des Landes ein Bürgerkrieg begann, ist die Ukraine ein Kriegs- und Krisengebiet. Daran hat auch Putins Überfall

auf das Land nichts geändert. Eigentlich. Doch die Grünen, die ja nicht zuletzt mit Hilfe ihres pazifistisch anmutenden Wahlprogramms auf die Regierungsbank wechselten, werfen mal wieder ohne jegliche Chupze ihre Wahlversprechen über Bord. Schwere Waffen von deutschen Herstellern in die Ukraine zu liefern, gilt jetzt als grünes Gebot der Stunde. Außenministerin Baerbock fand, die schrecklichen Bilder aus der Ukraine würden deutlich machen, dass das Land zuzätzliche militärische Unterstützung brauche, um sich wehren zu können. Als wenn es derartige Bilder aus den Bürgerkriegsgebieten der Ostukraine im Sommer nicht

Impressum
 Herausgeber: DIE LINKE.
 Bezirksvorstand Berlin Pankow
 Wisbyer Straße 37, 13189 Berlin
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81
 www.die-linke-pankow.de
 redaktion@die-linke-pankow.de
 V.i.S.d.P.: Sebastian Koch
 Redaktionsschluß: 12. Mai 2022
 Satz+Druck: Druckerei Gottschalk, Berlin
 Auflage: 3.000
 Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 29. August 2022.
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.
 Fotos: Anke Illing (Seite 1), Ben Gross (Seite 4 oben), Jonas Teune, Timo Traulsen, DIE LINKE. Berlin, Linksfraktion Berlin, Linksfraktion Pankow, Sandra Brunner
 Die **extraDrei** braucht Spenden!
 Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin
 IBAN: DE59 1007 0848 0525 6078 03
 BIC: DEUTDE33HAN
 Bank: Berliner Bank
 Verwendungszweck: 505 - 810

gegeben hätte. Oder aus Jemen. Aus Syrien. Aus Äthiopien. Und auch dort immer mit vielen Tausend Toten.
 „Die Ukraine braucht vor allen Dingen auch schwere Waffen, jetzt ist Zeit für Kreativität und Pragmatismus“, lautet jedoch die aktuelle Baerbocksche Devise. Grüner Pragmatismus also, oder wie es Adenauer sagen würde: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern. HaSe

★ leicht ★ **SUDOKU – Vitamine für's Gehirn** ★ schwer ★

1	6	5	8					
		8	2					
			5				9	1
	1					7		5
	5	3		2				
7	8	2		9				
		1		6	2	5	3	9
5				8	1			4
9		6			3			8

	6				1			
7	1							9
					9		2	1
3			1	2				
9	7			6				
				5		7	6	2
6			2	1		4		
8						5	7	
		4	3					

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.